



Body-Cams

Warum die Landesregierung die Einführung verschleppt



Seite 2

Handwerk

Warum ein Klavierbauer bald Wartelisten wie in der DDR hat



Seite 3

Schulstudie

Was die Deutschen über ihr Bildungssystem denken



Seite 7



Schulfragen

➔ In Schulfragen verstehen Eltern keinen Spaß. Das ist verständlich. In neun, zehn oder zwölf Jahren entscheidet sich normalerweise, wie gut der Nachwuchs auf eine Ausbildung oder ein Studium vorbereitet ist. Deshalb fragen die Vorsitzenden der Unionsfraktionen in den deutschen Parlamenten alle zwei Jahre mit einer großen Meinungsumfrage nach, wie die Deutschen die großen bildungspolitischen Kontroversen sehen. Wir Berichten darüber ausführlich auf Seite 7 dieser Zeitung.

Die Erwartungen lassen sich auf einen einfachen Nenner bringen: Alles, was eine möglichst störungsfreie an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Schulbildung behindert, trifft auf Widerspruch. So soll sich die Bildungspolitik der Bundesländer nicht so weit auseinanderentwickeln, dass Prüfungs- und Bildungsinhalte nicht mehr vergleichbar sind und ein Umzug von A nach B zum Risiko für die schulpflichtigen Kinder wird. Unsere Antwort darauf ist ein Bildungsstaatsvertrag, in dem die Länder verbindlich vereinbaren, was überall gilt. Allerdings ohne ihnen die Freiheit zu nehmen, es besser zu machen als andere und auf die regionalen Besonderheiten einzugehen. Eltern schätzen Ganztagsangebote an den Schulen, aber sie sollen freiwillig sein. Sie sind offen für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen, doch Eltern sollen die Freiheit haben, ihre Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf auch an Förderschulen anzumelden. Sie wissen um die Schwierigkeiten der Integration der Kinder von Migranten und wollen deshalb, dass sie zunächst in Vorbereitungsklassen Deutsch lernen. Diese Erwartungen sind berechtigt. Wir orientieren uns daran.



Dafür gibt es Hochschulen:
Forschung und Lehre

Mohring regt gemeinsames Thüringer Hochschulgesetz an



Hochschulen müssen sich im Wettbewerb behaupten.

Und dafür brauchen sie wirksame schnelle Entscheidungsstrukturen. Die Vorschläge der Landesregierung blenden das aus.

Prof. Dr. Peter Scharff,
Vorsitzender der Thüringer
Landesrektorenkonferenz

Thüringens CDU-Fraktionschef Mike Mohring hat der rot-rot-grünen Regierungskoalition Gespräche über einen gemeinsamen Vorschlag für ein Thüringer Hochschulgesetz offeriert. „Forschung und Lehre bleiben wichtige Themen, egal wer regiert“, warb Mohring für einen hochschulpolitischen Konsens. Hintergrund ist ein von der Regierung Ramelow vorgelegter Entwurf für ein Hochschulgesetz, der in einer Anhörung im Thüringer Landtag bei den Fachleuten komplett durchgefallen ist. Für den Vorsitzenden der Thüringer Landesrektorenkonferenz, Prof. Dr. Peter Scharff, gefährden die Vorstellungen der Linkskoalition „sogar die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen“. Die Hochschulrektoren sehen in den Vorstellungen der Landesregierung überdies Risiken für die Wissenschaftsfreiheit und die Unabhängigkeit der Hochschulen. Stein des Anstoßes ist unter anderem die Zusammensetzung wichtiger Gremien ohne Professorenmehrheit.

Nur in den Hochschulsenaten als höchstem Entscheidungsgremium soll sie in Fragen der Forschung und Lehre jeweils gesondert hergestellt werden. „Daseinszweck der Universitäten ist nicht, demokratisch verwaltet zu sein, sondern Forschung und Lehre“, sagte Scharff, der Rektor der TU Ilmenau ist, im Gespräch mit Mohring und der DruckSache. Was sich Rot-Rot-Grün vorstellt, ist für ihn nicht praktikabel und vor allem zeitraubend. Wenn durch den wachsenden Abstimmungsbedarf das Entscheidungstempo sinkt, könnten Thüringens Hochschulen zum Beispiel im Wettbewerb um die besten Professoren zukünftig das Nachsehen haben. Mohring teilt diese Kritik und verweist auf den Entwurf der CDU für ein Hochschulgesetz. Denn das Hochschulrecht habe sich alles in allem bewährt. „Eine begrenzte Änderung hätte genügt“, ist auch Scharff überzeugt und kann der Idee einer fraktionsübergreifenden und moderaten Anpassung des Hochschulrechts viel abgewinnen. „Wir müssen die Strukturen stärken, die uns Innovationskraft bringen. Wenn wir die nicht mehr haben, haben wir gar nichts mehr“, redet er den Landtagsabgeordneten ins Gewissen. (Seiten 4 und 5)

Aus der Fraktion



SED-Gelder für Erinnerungsarbeit

Voraussichtlich zum letzten Mal erhält Thüringen Zuweisungen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Herbert Wirkner, in der CDU-Fraktion zuständig für die Opfer des DDR-Regimes, will, dass ein größerer Teil dieser Mittel in die Erinnerungsarbeit, die Demokratiebildung und die Forschung zur SED-Diktatur fließt: „Es handelt sich um Geld, das die SED, Parteien und Massenorganisationen nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erworben haben. Deshalb sollen die Thüringer Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, der Landesbeauftragte und die Stiftung Ettersberg bei der Vergabe der Mittel einbezogen werden.“



Kaum Investitionen

Noch nie seit Beginn der Wahlperiode hat Thüringen so wenig investiert wie 2017 – und noch nie war die Investitionsquote so niedrig. Das geht aus dem von Finanzministerin Taubert vorgelegten Jahresabschluss hervor. CDU-Haushaltsexperte Maik Kowalleck erkennt in dieser Methode ein System: „Geplante Investitionen in Höhe von rund 570 Millionen Euro sind seit Antritt der rot-rot-grünen Regierungskoalition nicht realisiert worden. Wenn die Ramelow-Regierung fortwährend mehr Geld einplant, als sie tatsächlich ausgeben kann, ist es auch nicht schwer, mit hohen Überschüssen zu glänzen.“



Gewalt gegen Polizisten mit Hilfe von Body-Cams eindämmen

Thüringen kommt bei der Einführung von sogenannten Body-Cams nicht voran. Denn die kleinen Kameras, mit denen Thüringens Polizisten ihre Einsätze dokumentieren sollen, sind insbesondere den LINKEN ein Dorn im Auge. Sie liegen in dieser Frage offenbar über Kreuz mit dem SPD-Innenministerium. Der CDU-Sicherheitsexperte Raymond Walk zeigt wenig Verständnis für das interne Gezänk der Ramelow-Koalition: „Gewalt und Respektlosigkeit gegenüber Polizisten sind ein ernstes Problem. Es gibt Einsatzlagen und lokale Brennpunkte, in denen sie gehäuft

auftritt. Da sind die Bodycams – wenn auch kein Allheilmittel – ein guter Weg, um unsere Beamten zu schützen.“ Genau wie die Polizeigewerkschaften erwartet die CDU-Fraktion deshalb, dass Thüringens Polizisten zügig mit den Körperkameras ausgestattet werden und hat sich dafür auch immer wieder im Landtag stark gemacht, zuletzt in der Plenarsitzung im Februar. Ein entsprechendes Pilotprojekt hatte die Union bereits 2016 beantragt. Dessen Zwischenauswertung im Kabinett hat bereits im September 2017 ergeben, dass diese Kameras die Gewalt gegen Polizisten

deutlich eindämmen. Bizarrenweise weigert sich die Landesregierung jedoch, dem Landtag zu berichten, während die Erkenntnisse des Pilotprojekts bereits im Hausmagazin des Innenministeriums ausgebreitet werden. Aus Sicht der CDU-Fraktion gibt die mit den Kameras mögliche Einsatzdokumentation Polizisten wie Bürgern in konfliktrichtigen Situationen mehr Sicherheit. Auch andere Länder können auf gute Erfahrungen mit Bodycams verweisen. „Erfahrungswerte unter anderem aus Hessen haben gezeigt, dass potenzielle Pöbler und Randalierer kooperativer und weniger aggressiv auftreten“, erklärt der CDU-Politiker. Umso unverständlicher sei es, dass Rot-Rot-Grün in dieser Frage nicht aus den Puscheln komme. „Die Polizisten warten“, mahnt Walk.



Handwerks-Reportage



Der Klavier-Doktor

Der Firmensitz wirkt, als sei er aus der Zeit gefallen. Der alte Backsteinbau atmet den Duft eines musikalischen Jahrhunderts, die Werkstatt ist vollgestopft bis unters Dach: Mit alten Klaviaturen, ausgeweiteten Gehäusen und mehr oder weniger vollständigen Mechaniken, deren Federn, Stößel, Zungen, Tasten, Dämpfer und Hämmer nur darauf zu warten scheinen, endlich wieder einen Ton entlockt zu bekommen.

Das ist das Reich von Thomas Hanf. Der Klavierbauer in dritter Generation führt das Eisenberger Pianohaus Hutzelmann seit 1988. Trotz der musealen Umgebung, in der der Handwerksmeister lebt und arbeitet, hat er gut zu tun – im Grunde zu gut. Mit seiner Profession mag der 58-jährige ein Exot sein, und doch sind seine Probleme exemplarisch für die gesamte Handwerkerzunft: Aufträge ohne Ende, aber kein Personal und vor allem keinen Nachwuchs.

In Hanfs Werkstatt arbeiten zwei Gesellen, dazu in den Ladengeschäften in Jena und Weimar jeweils eine Verkäuferin und gelegentlich ein paar Hilfskräfte. „Wir sind notorisch unterbesetzt. Aber woher die Leute nehmen, wenn nicht stehlen?“ Wer Hanf jetzt einen größeren Reparatur-Auftrag erteilt, braucht nicht vor Herbst damit rechnen, dass er oder seine Gesellen sich kümmern können.

„Wir kommen wieder zu Wartezeiten wie in der DDR“, kommentiert der Klavierbaumeister die schwierige Personalsituation. Trotzdem sind die Dienste des Eisenbergers weiter schwer gefragt. „Die Leute akzeptieren das, denn sie wollen ihr Instrument vor Ort in guten Händen wissen, statt es auf die weite Reise zu den großen Reparatur-Unternehmen in Polen oder Tschechien zu schicken.“

Neue Klaviere – vor der Wende waren es immerhin etwa vier pro Jahr – werden in Eisenberg dagegen schon lange nicht mehr produziert. Nach der Wiedervereinigung hatte Hanf noch größere Materialbestände aus DDR-Zeiten, die hat er noch viele Jahre verbaut. „Als die aufgebraucht waren, habe ich das mal durchkalkuliert und festgestellt: Einzelstücke, wie wir sie herstellen, rechnen sich einfach nicht mehr.“

Sein Blick wandert über die Wand mit historischen Firmenschildern, eine Art Friedhof der Klavierbaukunst, mit Marken, die es zum Teil schon etliche Jahrzehnte nicht mehr gibt. Sie stammen fast alle von ausgeweiteten Klavieren, Kriegsschäden, die als Ersatzteillieferanten dienten und so in anderen Klavieren weiterlebten. Die ältesten sind aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, als dieses Handwerk in seiner Blüte stand. Noch

zu Beginn der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts gab es allein in Eisenberg 26 Klavierbauunternehmen, die später von Weltwirtschaftskrise und Inflation größtenteils dahingerafft wurden.

„Heute schaffe ich es nicht einmal mehr, jemanden zu finden, der diesen Beruf lernen will“, zeigt sich Hanf ernüchtert. Seit Mitte 2017 sucht er noch vor Abschluss der Lehrzeit: „Dem fiel irgendwann auf, dass Klaviere schleppen schwer ist. Dann hat er lieber auf Lehramt studiert.“ Ebenso ungelöst wie die Nachwuchsfrage ist Hanfs Problem, die Unternehmensnachfolge zu regeln. Eigentlich wollte er den Betrieb 2019, wenn er 60 und das Pianohaus 100 Jahre alt wird, übergeben. „Ich hatte mir eingebildet, dass ich rechtzeitig angefangen habe zu suchen. Aber das war wohl ein Trugschluss.“ Denn der Nachfolger sollte idealerweise ein paar Jahre „mitlaufen“, um Kunden und Abläufe kennenzulernen. Doch die Gesellen winken ab, scheuen Risiko und Verantwortung, die mit der Führung eines eigenen Betriebs einhergehen. Als Hanf 2016 im Fachblatt des Verbands inserierte, meldeten sich zwar zwei Interessenten. Doch Erkundigungen bei Kollegen brachten schnell Ernüchterung hinsichtlich der Seriosität der potenziellen Nachfolger. Ein weiterer wollte nur kaufen, um das Pianohaus zu schließen und Konkurrenz loszuwerden – für Hanf kommt das nicht in Frage. Und auch die eigenen Sprösslinge

wollen nicht: Hanfs Söhne, der eine studierter Chemiker und Physiker, der andere Informatiker, werden keine Klavierbauer mehr. Druck auf den Nachwuchs auszuüben, hält er nicht nur für zwecklos, sondern sogar für gefährlich. Oft genug hat er bei Kollegen erlebt, dass dort, wo die familiäre Nachfolge unter Zwang zustande kam, „die Jungen nur gewartet haben, bis der Alte tot umgefallen ist. Dann haben sie die Hütte verkauft.“ Jenseits der Nachwuchs- und Nachfolgesorgen machen aber auch andere Dinge dem Klavierbaumeister das Leben schwer. Hohe bürokratische Hürden und viele Konkurrenten ohne Meisterbrief sorgen dafür, dass Ausschreibungen bei Hanf mittlerweile „ungesehen in den Papierkorb wandern“, wie er sagt. Service und Qualität blieben oft außen vor, weshalb sich Hanf, wie viele seiner Handwerkskollegen, zurücksehnt nach der Meisterpflicht. „Schröder, der Depp, hat sie abgeschafft. Heute kann jeder behaupten, er sei Klavierstimmer. Da ist es von den Auflagen her schwieriger, einen Imbissstand aufzumachen.“ Das bekommt auch die Thüringer Musikinstrumentenmacher-Innung zu spüren, die laut Hanf gerade mal noch eine Handvoll Mitglieder hat. „Das hat sich erledigt in den nächsten Jahren“, sagt er und setzt seinen Stimmhammer auf die Stimmkrücke eines kurz vor der Fertigstellung stehenden Flügels. „Wir sind biologisch abbaubar.“

Von Felix Voigt

Wissenschaft und Hochschule



Die Ramelow-Regierung bringt mit ihrem Hochschulgesetz

die bewährte Thüringer Hochschulorganisation völlig durcheinander. Wir konzentrieren uns stattdessen auf exzellente Forschung und gute Lehre. Denn darauf kommt es an.

Prof. Dr. Mario Voigt,
wirtschafts- und wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag

auf eine steuerliche Forschungsförderung geeinigt. Davon wird auch der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Thüringen profitieren. Rot-Rot-Grün hat genau das bisher abgelehnt.

Gerold Wucherpfnig,
Vorsitzender des Landtagsausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft



„Wozu das ganze Theater?“

Ein Gespräch über einen überflüssigen und untauglichen Versuch der Regierung Ramelow, das Thüringer Hochschulrecht zu reformieren, im Senats-Saal der Technischen Universität Ilmenau. Video-Statements der beiden Gesprächspartner finden sie im Internet unter www.drucksache.de

Mohring trifft: Prof. Dr. Peter Scharff, den Vorsitzenden der Thüringer Landesrektorenkonferenz

Der Landtag berät gegenwärtig über die Änderung des Thüringer Hochschulgesetzes. Die Regierungskoalition hat sehr weitgehende Änderungen vorgeschlagen, die CDU schlägt lediglich behutsame Anpassungen am Hochschulgesetz vor. Wie groß ist der Änderungsbedarf denn nun?

Scharff: Es gibt in der Tat Anpassungsbedarf durch die Rechtsprechung und bei ein paar Kleinigkeiten. Der Gesetzentwurf der Landesregierung geht darüber aber weit hinaus und legt zahlreiche Neuregelungen vor. Das ist aus Sicht der Landesrektorenkonferenz nicht geboten und gefährdet sogar die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen. Eine begrenzte Änderung hätte genügt.

Mohring: Aus unserer Sicht hat sich das Hochschulgesetz alles in allem

bewährt. Deshalb haben wir auch einen Änderungsvorschlag vorgelegt, der sich auf das Notwendige beschränkt. Man sollte nicht vergessen: Das Land hat seit 2007 ein Hochschulgesetz, mit dem die Universitäten und Fachhochschulen mehr Unabhängigkeit und Selbstverantwortung und die dafür taugliche Organisationsstruktur erhalten haben. 2014 hat es Änderungen gegeben, um guten Köpfen bessere Perspektiven an den Hochschulen zu geben. Da gerät jetzt unter der wohlklingenden Formel Demokratisierung viel aus dem Tritt.

Was soll daran denn so problematisch sein? Die Landesverfassung hält ausdrücklich fest: Alle Mitglieder der Hochschulen sollen an der Selbstverwaltung beteiligt sein. Und die Universität als Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ist eine alte Idee.

Mohring: Forschung und Lehre werden vor allem von den Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern getragen. Es geht darum, dass sie möglichst wirksam geleistet werden können. Dann muss man den Professoren auch zukünftig den entsprechenden Einfluss geben. Und das geht nun einmal nur durch klare Mehrheiten in den jeweils zuständigen Gremien. Das verkennt der rot-rot-grüne Gesetzentwurf völlig.

Scharff: Selbstverständlich ist Demokratie wichtig und muss mit den Studierenden an der Universität eingeübt werden. Doch der Daseinszweck der Universität ist nicht, demokratisch verwaltet zu sein, sondern Forschung und Lehre. Es gibt Fragen, die kann man nicht demokratisch entscheiden. Wenn sich Wissenschaftler und Fachleute einen wohlüberlegten Stand-



Ilmenau.
he.info



punkt gebildet haben, sollte der nicht einem Prozess unterworfen werden, in dem am Ende Mehrheiten aus Studierenden und nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern Mehrheitsentscheidungen treffen.

Die Kritik der Landesrektorenkonferenz am Gesetzentwurf der Landesregierung setzt im Grunde an allen für die Hochschulen zentralen Punkten an: ihrer Unabhängigkeit, der Freiheit von Forschung und Lehre und der Wettbewerbsfähigkeit. Lassen Sie uns mit dem letzten Punkt beginnen.

Scharff: Hochschulen müssen sich im Wettbewerb behaupten. Nicht allein in Thüringen oder Deutschland oder Europa, nein: weltweit. Und dafür brauchen Sie wirksame schnelle Entscheidungsstrukturen. Die Vorschläge der Landesregierung blenden das aus. Wenn zum Beispiel das Präsidium etwas verantworten soll, was der Senat – also praktisch das Hochschulparlament – entscheidet, geht das nicht auf. Der Abstimmungsbedarf nimmt zu, die Prozessgeschwindigkeit nimmt ab.

Nennen Sie mal ein Beispiel.

Scharff: Etwa die Besetzung einer Professur. Spitzenleute haben immer mehr als ein Angebot. Häufig entscheidet das Tempo des Berufungsverfahrens darüber, ob der Wunschkandidat gewonnen werden kann. Eine größere Anzahl von Gremien-durchgängen aufgrund von Formalia ist da nicht eben hilfreich.

Mohring: Leider schlägt Rot-Rot-Grün Expertenrat regelmäßig in den Wind, wenn er nicht ins ideologische Schema passt. 2016 hat eine Expertenkommission die Exzellenzinitiative des Bundes ausgewertet und eine klare Empfehlung ausgesprochen: Wer im Wettbewerb mithalten will, braucht eine unabhängige und starke Führungsstruktur. Die Ramelow-Regierung macht das Gegenteil: mehr Regeln, mehr Rechenschaftspflichten, mehr Bürokratie.

Noch einmal zurück zu Forschung und Lehre. Wenn es um diese Themen geht, sollen die Professoren im Senat eine Mehrheit haben. Praktisch soll das so aussehen, dass Professoren bei solchen Entscheidungen hinzugezogen werden. Das ist doch ein Weg?

Scharff: Dem Verfassungsgebot der Professorenmehrheit bei akademischen Fragestellungen wird damit sicherlich Rechnung getragen. Die Frage ist eher, ob das praktikabel ist. Im Prinzip gibt es im Senat dann zwei Gruppen von Professoren: Eine Gruppe im Sinne der Viertelparität und eine Gruppe im Sinne der Herstellung der Professorenmehrheit. Da ohnehin die meisten Themen mit Forschung und Lehre zusammenhängen, wären Letztere fast immer dabei. Dann stellt sich schon die Frage: Wozu das ganze Theater? Hinzu kommt, dass in anderen Gremien generell die gleiche Vertreterzahl für alle Gruppen gilt. Nehmen sie nur die Studiengangkommissionen. Da entscheiden dann zur Hälfte Nicht-wissenschaftler und Studierende über die Inhalte von Studiengängen. In der Theorie soll der Senat dann mit Professorenmehrheit Fehler korrigieren. Das ist nicht wirklich durchdacht.

Mohring: Es ist in der Tat schwer zu sagen, was an Hochschulen nicht mit Forschung und Lehre zu tun hat. Richtig kompliziert wird es, wenn Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen und es ins Schlichtungsverfahren geht. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich das vorzustellen. Ein Ergebnis ist auch, dass die Zahl der Professoren unter den ordentlichen Senatsmitgliedern mit der paritätischen Neubesetzung schrumpft. Es wird schwierig bis unmöglich, alle Fakultäten einzubeziehen. Das tut dem Binnenklima der Hochschulen nicht gut und ist riskant, weil zu leicht etwas übersehen wird.

Thema Unabhängigkeit. Mit dem Hochschulgesetz 2007 ist sie deutlich gestärkt worden. Neu eingeführt wurde der Hochschulrat als eine Art Aufsichtsrat, ein Beratungs- und Kontrollgremium. In die Räte will das Land Mitarbeiter des Wissenschaftsministeriums entsenden. Warum will die Landesrektorenkonferenz das nicht?

Scharff: Die Einführung der Hochschulräte war tatsächlich ein Richtungswechsel. Der Staat, also konkret das Land Thüringen, nahm sich aus der Detailsteuerung der Hochschulen zurück und stärkte im Gegenzug über die Hochschulräte die gesellschaftliche Rückbindung der Universitäten und Fachhochschulen. Das hat sich bewährt. Wenn dem Hochschulrat jetzt Entscheidungskompetenzen genommen werden und auch noch ein Vertreter des Ministeriums in diesen entsandt wird, dann läuft das der Idee des Hochschulrats zuwider. Der vertrauensvolle Umgang zwischen Hochschulrat und Hochschulleitung wird erschwert.

Mohring: Was Rot-Rot-Grün da vorhat, schadet ganz klar der Unabhängigkeit des Hochschulrats als Teil der universitären Selbstverwaltung. Es überrascht mich nicht, dass ausgerechnet die Linkskoalition hier den Rückwärtsgang einlegt und die staatlichen Zügel straffer anzieht. Mit eigenständigen Strukturen stehen Sozialisten immer auf Kriegsfuß, wenn sie staatlichen Einfluss haben. Von innen heraus werden sie unter dem Vorwand der Demokratisierung geschwächt.

Das klingt dann doch alles nach einem Totalverriss des Gesetzentwurfes. Sollte die Regierung ihren Entwurf einsammeln und noch einmal zurück über Los?

Mohring: Tatsache ist: Dieses Gesetz ist in der Anhörung im Landtag mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Nicht alleine bei der Landesrektorenkonferenz. Wenn das parlamentarische Verfahren überhaupt einen Sinn haben soll, dann sollte die Landesregierung ihren Entwurf tatsächlich zurückziehen und einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, der ohne den ganzen ideologischen Ballast auskommt. Und ich mache für die CDU-Fraktion ein ganz konkretes Angebot. Wir sind bereit, mit Rot-Rot-Grün über einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu reden. Forschung und Lehre bleiben wichtige Themen, egal wer regiert.

Scharff: Das würde ich sofort mittragen. An Gesetzen, die Schulen, Bildung und Hochschulen betreffen, sollte man nicht allzu oft herum schrauben. Was sich bewährt hat,

sollte man beibehalten. Am Ende geht es doch um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wohlergehen unseres Landes. Wir müssen die Strukturen stärken, die uns Innovationskraft bringen. Wenn wir die nicht mehr haben, haben wir gar nichts mehr. Vor allem deshalb brauchen wir Hochschulen, die unabhängig sind.

Die Organe der Hochschulen in Thüringen

Das Präsidium oder Rektorat leitet die Hochschulen. Es ist vor allem für die Entwicklung der Hochschulen zuständig und berichtet dem Senat und Hochschulrat.

Der Senat beschließt die für die Hochschulen wichtigen Satzungen, entscheidet über Studiengänge, kontrolliert das Präsidium oder Rektorat und wählt es mit. In ihm sind Hochschullehrer, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter und Studierende vertreten.

Der Hochschulrat gibt Empfehlungen zur Profilbildung der Hochschule und zur Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre sowie zur Weiterentwicklung des Studienangebots. Ihm gehören Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik an.

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Fraktion
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Chefredaktion & V.i.S.d.P.

Dr. Karl-Eckhard Hahn

Telefon (Fax)

0361 3772-218 (520)

Internet

www.cdu-landtag.de

E-Mail

pressestelle@cdu-landtag.de

Auflage

1,1 Millionen

Fotos

Soweit nicht anders angegeben:
CDU-Fraktion

Karikatur

Bernhard Schauer

Text & Fotoauswahl

Dr. Karl-Eckhard Hahn, Felix Voigt, Aniko Lembke, Stefan Karl

Satz & Gestaltung

Leography.com

Druck

Druckzentrum Erfurt GmbH
Gottstedter Landstraße 6
99092 Erfurt

Aus der Fraktion



Die Gemeinde Drei Gleichen soll mit Günthersleben-Wechmar zur Landgemeinde fusionieren.

Neugliederungen schaffen Unsicherheit in den Gemeinden

Die CDU hat in der vergangenen Wahlperiode 298 Gemeinden neu gegliedert. Rot-Rot-Grün dagegen versucht sich jetzt, nach drei vergeudeteten Jahren, an gerade mal 46 Gemeinden – und bekommt offenbar nicht einmal das richtig hin. Das Problem: Gleichzeitig

mit der Verabschiedung des entsprechenden Neugliederungsgesetzes will die Ramelow-Regierung auch die Thüringer Kommunalordnung nachträglich ändern, um einige der bereits genehmigten Neugliederungen noch irgendwie in Einklang mit der Rechts-

lage zu bringen. Die CDU-Innenpolitikerin Gudrun Holbe macht deshalb deutlich: „Wir unterstützen freiwillige Neugliederungen ausdrücklich, legen jedoch Wert auf eine saubere rechtliche Grundlage. Die ist für Austritte aus Verwaltungsgemeinschaften nicht gegeben.“ Dabei verweist Holbe auf das Prinzip der doppelten Mehrheit, das Rot-Rot-Grün gegen den Widerstand des Städte- und Gemeindebundes abschaffen will. Es schützt Verwaltungsgemeinschaften davor, durch einseitige

Beschlüsse kleiner Mitgliedsgemeinden zerstört zu werden, ohne dass die Mehrheit der Mitgliedsgemeinden sich dagegen wehren kann. Ebenso willkürlich entscheidet die Landesregierung offenbar darüber, welche Fusionsanträge sie berücksichtigt. „Von einst 25 eingegangenen Anträgen hat Rot-Rot-Grün lediglich 13 vorgelegt – nach welchen Kriterien, ist selbst für die Betroffenen kaum nachzuvollziehen“, so die Kritik der CDU-Innenpolitikerin.



Nach Gefängnisausbrüchen: Justizvollzug überprüfen

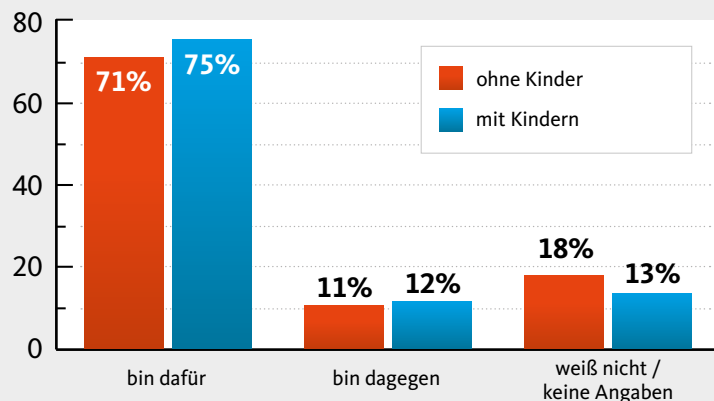
Die Landesregierung soll bis August dieses Jahres die Tauglichkeit des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuches bewerten und Vorschläge unterbreiten, wie die permanente Überlastung der Justizvollzugsbediensteten beendet werden kann.

Das hat die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag gefordert. Hintergrund sind mehrere Ausbrüche aus Thüringer Gefängnissen. „Die Häufung derartiger Vorkommnisse legt den Verdacht nahe, dass die Sicherheit in den Gefängnissen hinter anderen

Zielen des Justizvollzugs zurückstehen muss. Das ist ein unhaltbarer Zustand“, sagte der justizpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Manfred Scherer, zur Begründung. Thüringen hat seit 2014 ein eigenes Justizvollzugsgesetzbuch, nachdem die Zuständigkeit für den Justizvollzug vom Bund an die Länder übergegangen ist. Scherer erinnerte, dass Thüringen 2014 Standards eingeführt hat, die weit über das bis dahin übliche hinausgingen.

„Es war klar, dass sie sich nur mit mehr Personal umsetzen lassen. Entweder wird der Strafvollzug entsprechend ausgestattet, oder die Sinnhaftigkeit mancher Regelung gehört überprüft“, so Scherer nach bald vier Jahren Erfahrung mit dem neuen Regelwerk. Die Vorbereitung der Strafgefangenen auf ein Leben ohne Straftaten sei wichtig. Doch oberstes Ziel des Strafvollzugs ist für Scherer der Schutz der Allgemeinheit vor Straftätern.

Sind sie dafür oder dagegen, dass mit einem Bildungsstaatsvertrag die Vergleichbarkeit von Bildungsinhalten und Prüfungsanforderungen zwischen den Ländern festgeschrieben wird?



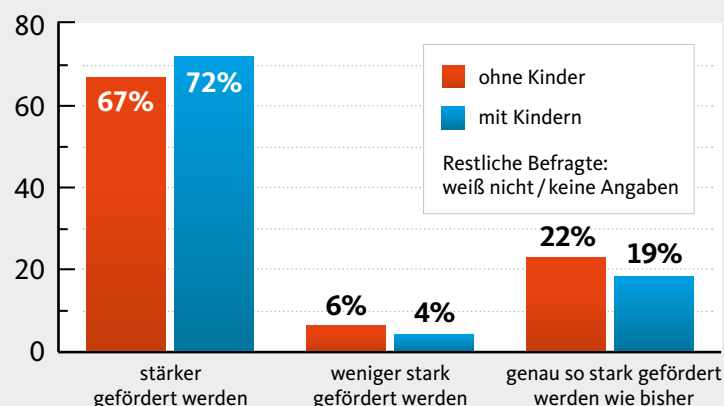
Rückhalt für Bildungsstaatsvertrag

Bildungsinhalte und die Anforderungen an Schulprüfungen sollen in Deutschland vergleichbarer werden. Dieses Ziel will der CDU-Fraktionsvorsitzende Mike Mohring über einen Bildungsstaatsvertrag erreichen. 72 Prozent der Bürger haben sich in einer großen Meinungsumfrage Ende Januar/Anfang Februar für einen solchen Vertrag ausgesprochen. Auftraggeber der Studie ist die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz. In Ostdeutschland unterstützen gar 79 Prozent der Befragten diese Forderung. Der Bildungsstaatsvertrag ist für etliche Unionspolitiker die Antwort auf den Wunsch vieler Eltern nach mehr Einfluss des Bundes auf die Bildungspolitik, die in Deutschland von den Ländern verantwortet wird. 66 Prozent der Befragten mit Kindern teilen diese Position. Über einen Staatsvertrag der Länder würde ein verbindlicher Rahmen gesetzt, ohne den föderalen Wettbewerb um das beste Schulsystem auszuhebeln.

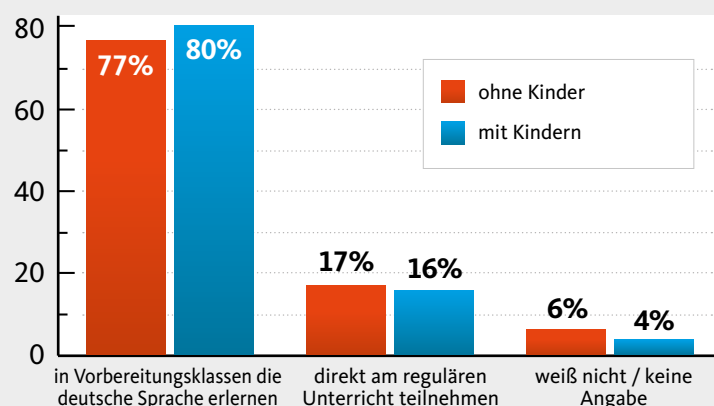
Berufliche Bildung fördern

Ein Schwerpunkt der von INSA Consulere aus Erfurt durchgeführten Umfrage war die berufliche Bildung. Das Ergebnis signalisiert politischen Handlungsbedarf. 92 Prozent der Befragten sind voll oder zumindest eher davon überzeugt, dass man mit einem Ausbildungsberuf wirtschaftlich erfolgreich sein kann. Drei Viertel teilen die Meinung, dass die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule zu den wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren Deutschlands gehört. Doch 82 Prozent sind der Ansicht, dass Ausbildungsberufen weniger Wertschätzung entgegengebracht wird als Hochschulabschlüssen. Keine Altersgruppe sieht das grundsätzlich anders. Daher steht die CDU-Fraktion uneingeschränkt hinter der Forderung von 69 Prozent der Bürger, dass die berufliche Bildung stärker gefördert werden muss. Die Vorschläge für ein Azubi-Ticket und eine Meisterprämie zeigen, dass die CDU ihre Politik im Thüringer Landtag längst daran ausrichtet.

Sollte die berufliche Bildung Ihrer Meinung nach stärker finanziell gefördert werden, weniger stark finanziell gefördert werden oder genau so stark wie bisher gefördert werden?



Sind Sie der Meinung, dass Schüler, die noch kein Deutsch sprechen, zunächst in besonderen Vorbereitungsklassen die deutsche Sprache erlernen, bevor sie am regulären Unterricht teilnehmen oder sollten sie von Anfang an am regulären Unterricht teilnehmen?



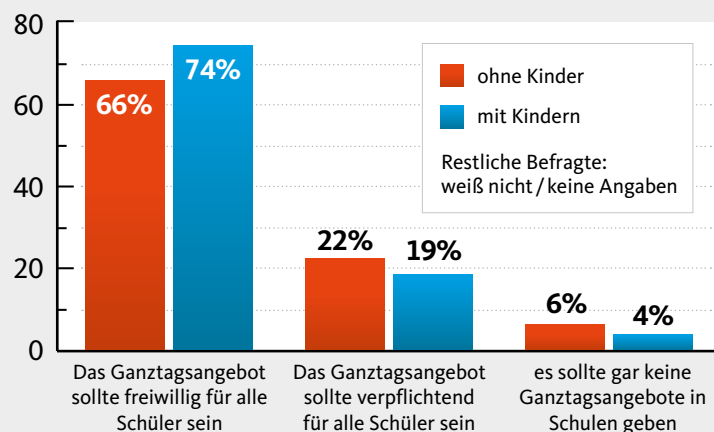
Vorbereitungsklassen für Migranten

Die große Bedeutung der Schulen für die Eingliederung junger Migranten dürfte unbestritten sein. Dass ihnen das bisher erfolgreich gelingt, glauben 49 Prozent der Bürger eher nicht oder gar nicht. Nur 29 Prozent sehen sie erfolgreich am Werk, während sich 22 Prozent kein Urteil erlauben. Wer Deutsch weder versteht noch spricht, dürfte es schwer haben, dem Unterricht zu folgen. Auch deshalb fordert die Thüringer CDU-Landtagsfraktion seit längerem Vorbereitungsklassen, in denen Deutsch lernen soll, wer es noch nicht kann. Das sehen insgesamt 78 Prozent der Befragten genauso und jeweils mehr als zwei Drittel in allen Altersgruppen. Nur 16 Prozent plädieren für die sofortige Teilnahme am regulären Unterricht. Lediglich sechs Prozent wollen sich nicht festlegen. Die Standpunkte sind in dieser Frage sehr fest. Die Vorbereitungsklassen sollen deshalb auch Teil eines Landesintegrationsgesetzes werden, an dem die CDU-Fraktion zurzeit arbeitet.

Entscheidungsfreiheit in Schulfragen

Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen, die sogenannte Inklusion, gehört zu den großen schulpolitischen Kontroversen. Das bestätigt die Umfrage. 45 Prozent der Befragten befürworten den inklusiven Unterricht, 44 Prozent sehen Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besser in den Förderschulen aufgehoben. In einem Punkt jedoch besteht große Einmütigkeit. 71 Prozent der Eltern meinen, dass es ein Elternwahlrecht zwischen dem Unterricht in einer regulären oder einer Förderschule geben muss. Entscheidungsfreiheit ist auch für ein anderes schulpolitisches Thema von größter Bedeutung. 74 Prozent der Befragten sind für Ganztagsangebote an Schulen, so lange sie freiwillig sind. Lediglich 19 Prozent der Eltern können sich mit verpflichtenden Ganztagsangeboten anfreunden. Von dieser klaren Priorität lässt sich auch die Thüringer CDU-Landtagsfraktion leiten. Alles andere würde zu weit in das elterliche Erziehungsrecht eingreifen.

Welche der folgenden Aussagen im Bezug auf die Ganztagsangebote in Schulen trifft am ehesten zu?



Das haben wir vor Ort erreicht



Egon Primas

Wahlkreisbüro
Käthe-Kollwitz-Straße 4
99734 Nordhausen
www.egonprimas.de

Seit 1990 vertrete ich im Landtag meinen Wahlkreis zwischen Harz, Kyffhäuser und Hainleite. Den Schwerpunkt meiner Arbeit sehe ich im ländlichen Raum mit seiner Land- und Forstwirtschaft, wo ich bei der Umsetzung zahlreicher Projekte, etwa im Dorferneuerungsprogramm, mithelfen konnte. Auch auf dem Land ist eine funktionierende Infrastruktur entscheidend: Erfolgreich habe ich mich für die Sanierung des Schillergymnasiums in Bleicherode, den Turnhallenneubau in Ellrich oder die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Uthleben eingesetzt. Als Vorsitzender des Landschaftspflegeverbandes Südharz/Kyffhäuser freue ich mich, dass der Verein für sein Projekt „Gipskarst Südharz – Artenvielfalt erhalten und erleben“ über 4 Millionen Euro von Bund und Land erhält, um die einzigartige Kulturlandschaft sinnvoll zu schützen und die biologische Vielfalt zu bewahren.



Volker Emde

Wahlkreisbüro
Aumaische Straße 35
07937 Zeulenroda-Triebes
www.volker-emde.de

Ob als Lebensmittelpunkt, Wirtschaftsstandort oder touristisches Ziel: Ich setze mich dafür ein, den ländlichen Raum wieder als Chance zu begreifen – als Landtagsabgeordneter, Mitglied des Kreistags und Vorsitzender der CDU Zeulenroda-Triebes. Seit vielen Jahren unterstütze ich das berechnete Anliegen der Bürger in und um Großebersdorf, die sich vom Bau einer Ortsumgehung mehr Lebensqualität erhoffen. Nun endlich gehen die Planungen los. Erfolgreich war auch mein Einsatz für die Sanierung der Weidatalperre. Erste Mittel zur Umsetzung sind nun im aktuellen Landeshaushalt eingestellt. Damit bleibt ein landschaftliches Idyll erhalten, das nicht nur die Bewohner der Region schätzen, sondern in dem auch touristisches Potenzial schlummert. Ostthüringen darf nicht untergebuttert werden – da gilt es wachsam zu sein und Eigeninitiative zu zeigen.



Christina Tasch

Wahlkreisbüro
Birkunger Straße 39
37351 Dingelstädt
www.christina-tasch.de

„Gemeinsam stark fürs Eichsfeld“ ist nicht nur mein Wahlslogan, er ist Ansporn für meine tägliche Arbeit. Ich engagiere mich für den Erhalt und die positive Weiterentwicklung des Landkreises Eichsfeld, als Landtagsabgeordnete wie als ehrenamtliche Bürgermeisterin meiner Heimatgemeinde Küllstedt. Im Landtag vertrete ich meine Fraktion im Umweltausschuss und kann als Vorsitzende des Vereins der Freunde des Naturparks Eichsfeld-Hainich-Werratal und des Nationalparks Hainich meine jahrelangen Erfahrungen einbringen. Mein Einsatz zur Weiterentwicklung des sanften Tourismus hat mit dem Radweg entlang der alten Kanonenbahn zwischen Küllstedt und Dingelstädt als Verbindung des Unstrut- und des Werraradweges, dem Bau einer Biwakstation im Naturpark und dem neuen „Skywalk“ auf dem Sonnenstein bei Holungen auch im vergangenen Jahr Früchte getragen.



Manfred Grob

Wahlkreisbüro
Nappenplatz 2
36433 Bad Salzungen
www.manfred-grob.de

Die Förderung von Kindern und Jugendlichen liegt mir besonders am Herzen – bei den Feuerwehren, aber auch bei den Sport- und Tierzuchtvereinen. Gern unterstütze ich Vereine bei der Beschaffung von Fördermitteln und Spenden. Auch Aktionen wie der Vorlesetag in Kindergärten und Schulen oder die Hinweisschilder zum Schulanfang sind mir sehr wichtig. Als Vorsitzender des Rhönforums versuche ich die Region touristisch voranzubringen. Deshalb freut es mich, dass uns Ende 2016 mit der Gründung der Rhön-GmbH eine länderübergreifende Bündelung der Kräfte gelang. 217.000 Euro Fördermittel für die Entwicklung familienfreundlicher Wanderwege sind ein erster großer Erfolg. Im Landtag habe ich zuletzt erfolgreich am Kompromiss beim Erwachsenenbildungsgesetz mitgewirkt. Aktuell setze ich mich für einen Konsens bei der Novelle des Sportfördergesetzes ein.

Riesenschlange	Staat auf der Arabischen Halbinsel	chem. Element, Seltenerdmetall	asiatische Gaststätte	Schallbecken aus Metall	Vorsilbe: Zehntel einer Einheit	flüssiges Fett	artig, brav	Fluss durch München	Sehnsucht nach zu Hause	Blechblasinstrument
Ausruf der Bestürzung		alter, unnützer Kram						bunte Unterhaltungsdarbietung		
				Plüschpullover	aus-erlesen, aus-erwählt					ausreichend
Unnachgiebigkeit	engl. Adelstitel: Herzog	Trauben-ernte	schmal; begrenzt		Vorname Laurels	Klebe-mittel		Finger-schmuck		
alt-griech. Orakelstätte					Wortteil			linker Neben-fluss der Fulda	US-Bürger (ugs.)	
		eine Zahl				Kfz-Zeichen Ludwigs-hafen	niedriges Liege-sofa			
germanisches Schriftzeichen	Ge-spenster-treiben			Mädchen im Wunder-land				austra-lischer Lauf-vogel		
Stadt in den Nieder-landen		Zeichen; verkürzte Unter-schrift					leise, still			

Lösungswort 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11

Bei unserem Kreuzworträtsel gilt es auch diesmal, ein Lösungswort aus dem Bereich der Landespolitik zu finden. Senden Sie die Lösung per E-Mail oder Post an die Redaktion (Betreff/Stichwort: „Kreuzworträtsel“) und gewinnen Sie ein Präsent-Set bestehend aus einem hochwertigen Füllfederhalter aus dem Hause Diplomat mit Tintenfass, verpackt in einer Holzschatulle, und einem externen Akku fürs Smartphone (Powerbank). Einsendeschluss ist der 31. März 2018. Um an der Verlosung teilzunehmen, geben Sie das Lösungswort, Ihren vollen Namen, Ihre E-Mailadresse und Ihre Telefonnummer an.*

E-Mailadresse:
quiz@cdu-landtag.de oder

Postadresse:
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1 · 99096 Erfurt

Bei unserem Kreuzworträtsel in der Dezember-Ausgabe der DruckSache lautete das Lösungswort „Sparsamkeit“. Zu gewinnen gab es auch damals einen Diplomat-Füllfederhalter und eine „Powerbank“ fürs Smartphone. Unter den richtigen Antworten als Gewinner gezogen wurde **Volker Schmidt** aus Kleineutersdorf. Herzlichen Glückwunschl

* Um an der Verlosung teilzunehmen, müssen Sie mindestens 16 Jahre alt sein und den Hauptwohnsitz in Thüringen haben. Die Preise werden direkt nach Einsendeschluss verlost und der Gewinner telefonisch benachrichtigt. Eine Auszahlung des Gewinns ist nicht möglich, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Quiz-Teilnehmer erklären sich damit einverstanden, dass ihnen die CDU-Fraktion künftig Informationen zum aktuellen politischen Geschehen in Thüringen zusendet. Die CDU-Fraktion verwendet die Daten ausschließlich für interne Zwecke.